

## Kapitel 1

# Zweck und Bedeutung von Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum <sup>(1), (2)</sup>

*Die Wirtschaftskrise hatte enorme Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte in der Europäischen Union, und viele Länder und Regionen sind gegenwärtig von einem enorm hohen Maß an Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt betroffen. Bestimmte soziale Gruppen stehen vor besonderen Problemen – u. a. Frauen, junge Menschen, Ältere, ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderungen. Gleichzeitig verbirgt sich hier aber ein unterschätztes Potenzial für unternehmerische Tätigkeit. Mit politischen Konzepten für ein integrationsförderndes Unternehmertum soll sichergestellt werden, dass alle Mitglieder der Gesellschaft über die gleichen Möglichkeiten zur Gründung und Führung von Unternehmen und für eine selbstständige Erwerbstätigkeit oder zur Nutzung der Erfahrungen aus der unternehmerischen Tätigkeit für die Erweiterung ihrer Fertigkeiten und die Erhöhung ihrer Beschäftigungsfähigkeit verfügen.*

### 1. Hinweis der Türkei:

Die Informationen in diesem Dokument mit einem Verweis auf „Zypern“ beziehen sich auf den südlichen Teil der Insel. Es gibt keine zentrale Behörde, die sowohl die türkische als auch die griechisch-zypriotische Bevölkerung auf der Insel vertritt. Die Türkei erkennt die Türkische Republik Nordzypern (TRNC) an. Bis im Rahmen der Vereinten Nationen eine dauerhafte und nachhaltige Lösung gefunden wurde, behält die Türkei ihren Standpunkt im Hinblick auf die Zypernfrage bei.

### 2. Hinweis aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der OECD und der Europäischen Union:

Die Republik Zypern wird von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen mit Ausnahme der Türkei anerkannt. Die Informationen in diesem Dokument beziehen sich auf das Gebiet, das der tatsächlichen Kontrolle der Regierung der Republik Zypern untersteht.

## Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum

Politische Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum dienen dem Ziel, allen Menschen ungeachtet ihrer persönlichen Merkmale und ihres persönlichen Hintergrundes die gleichen Chancen auf die Gründung und Führung eines Unternehmens zu gewähren. Die Regierungen können dieses Ziel mit Programmen unterstützen, die für eine stärkere Sensibilisierung der Menschen und eine Steigerung der Motivation für das Unternehmertum als Karriereentscheidung in allen Bevölkerungsgruppen sorgen und Probleme bei der Funktionsweise von Märkten und Institutionen beheben, die sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen in stärkerem Maße als auf andere auswirken.

Diese Konzepte legen ihren Schwerpunkt auf die Unterstützung der unternehmerischen Tätigkeit von Menschen, die im Unternehmertum unterrepräsentierten oder am Arbeitsmarkt benachteiligten sozialen Gruppen angehören. Beispielsweise ist der Anteil Frauen, die Inhaberin eines Unternehmens sind oder einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung vergleichsweise gering. Weiterhin gibt es eine große Zahl nicht erwerbstätiger älterer Menschen, von denen einige das Unternehmertum als attraktive Möglichkeit zur Verlängerung ihres Erwerbslebens über den Eintritt in den Ruhestand hinaus betrachten könnten. Ebenso gibt es Bevölkerungsgruppen mit einem höheren Risiko der sozialen Ausgrenzung als andere, die aus der Gründung eines Unternehmens einen Nutzen ziehen können, beispielsweise ethnische Minderheiten und Zuwanderer, Menschen mit Behinderungen, junge Arbeitslose und Menschen in Gegenden mit schwerwiegender wirtschaftlicher Schieflage. Politische Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum dienen dem Zweck, mit passenden Unterstützungsmaßnahmen an diese Gruppen heranzutreten.

Die Unternehmensgründung, genauer gesagt die nachhaltige Unternehmensgründung, ist eindeutig ein zentrales Ergebnis, das mit politischen Konzepten für ein integrationsförderndes Unternehmertum angestrebt wird, und mithin auch eine größere Erwerbsbeteiligung der anvisierten Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig stellt die Herbeiführung nachhaltiger Unternehmensgründungen jedoch nicht das alleinige Ergebnis politischer Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum dar, da die Menschen, die dazu angeregt werden, eine unternehmerische Tätigkeit in Erwägung zu ziehen und auszuprobieren, diese nicht in allen Fällen fortsetzen oder langfristig aufrechterhalten möchten. Dank der Auseinandersetzung mit der unternehmerischen Tätigkeit werden sich jedoch sehr häufig ihre Fertigkeiten, Motivation, Netzwerke und Beschäftigungsfähigkeit verbessern, wodurch wiederum ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz größer werden. Zusätzlich können politische Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum das soziale Unternehmertum unterstützen. Bei den Sozialunternehmen besteht der Nutzen nicht nur in der Gründung neuer Unternehmen und den Beschäftigungschancen für die Gründer, sondern in vielen Fällen auch in der Eingliederung von ausgegrenzten Menschen in die Arbeitswelt oder in der Erbringung von sozialen Leistungen zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung im Rahmen der Tätigkeit des Unternehmens.

Dennoch muss festgestellt werden, dass der Weg in die Unternehmensgründung zur Einbindung in den Arbeitsmarkt nicht für jeden geeignet ist. Mit den politischen Konzepten für ein integrationsförderndes Unternehmertum wird daher nicht der Versuch unternommen, sämtliche Personen, für die keine Arbeitsplätze vorhanden oder die nicht erwerbstätig sind, auf den Weg der Gründung und Führung von Unternehmen zu leiten. Vielmehr soll einer größeren Zahl von Menschen die Möglichkeit einer unternehmerischen Tätigkeit eröffnet sowie Hilfe bei der Prüfung dieser Möglichkeit und bei deren erfolgreichen Umsetzung angeboten werden, sofern sie auf diesem Weg bleiben wollen. Weiterhin kann sich die Verdrängung etablierter Unternehmensinhaber, die keine Unterstützung erhalten, durch jene, die Unterstützungsleistungen beziehen, als bedeutsames Problem erweisen, und es muss darauf geachtet werden, Menschen dazu zu ermutigen, sich in Bereiche mit guten Aussichten und einem Nachfrageüberhang in der Wirtschaft zu begeben.

## Was ist Unternehmertum?

Politische Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum dienen dem Ziel, innerhalb des Unternehmertums benachteiligte oder unterrepräsentierte Menschen auf dem Weg ihrer Entwicklung zum Unternehmer oder zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit zu unterstützen. Hierzu gehört die Gründung und Führung von Kapitalgesellschaften und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, einschließlich von Unternehmen, bei denen Person im Rahmen einer selbstständigen Erwerbstätigkeit mit Beschäftigten oder allein auf eigene Rechnung arbeiten. Diese Tätigkeiten gehen für die Menschen im Vergleich zu einer abhängigen Erwerbstätigkeit mit Risiken und Ungewissheit einher. Der erwartete Nutzen entsteht sowohl auf wirtschaftlicher Ebene, im Hinblick auf Innovation und die Nutzung nicht vollständig ausgeschöpfter Mittel, als auch auf sozialer Ebene im Hinblick auf die stärkere Einbindung in den Arbeitsmarkt und die Verringerung von sozialer Ausgrenzung.

Beim Unternehmertum handelt es sich um ein komplexes Konzept mit verschiedenen Facetten. Die OECD hat sich intensiv mit der Definition und Messung des Unternehmertums befasst, was sich bei der Klärung der Unterschiede im Rahmen ihres laufenden Programms „Indikatoren zum Unternehmertum“ (EIP), einem gemeinsamen Arbeitsprogramm mit Eurostat, als hilfreich erweist. Im Rahmen dieser Arbeit wurde eine Begriffsbestimmung für Unternehmer, die unternehmerische Tätigkeit und das Unternehmertum entwickelt, und eine Reihe von Indikatoren zur Messung dieser Tätigkeiten innerhalb der Gesamtbevölkerung wird jährlich in der Publikation mit dem Titel „Entrepreneurship at a Glance“ veröffentlicht. (Die Definition für das Unternehmertum ist dem Textfeld 1.1 zu entnehmen, und Kapitel 5 enthält eine weiterführende Diskussion zum Programm „Indikatoren zum Unternehmertum“.)

In diesem Buch geht es um Menschen als Gründer und Inhaber von Unternehmen, darunter auch Menschen, die Sozialunternehmen gründen und führen, mit denen soziale Ziele verwirklicht werden sollen, oder Unternehmen, mit denen Einkommen für deren Inhaber erwirtschaftet werden soll. Es ist jedoch zu bedenken, dass Menschen auch als Arbeitnehmer unternehmerisch denken und handeln können. Weiterhin verlangt die Gründung und Führung von Unternehmen Menschen nicht immer unternehmerisches Denken und Handeln ab, insbesondere nicht im Falle der selbstständigen Erwerbstätigkeit. Vom EIP der OECD werden Unternehmer als Personen (Unternehmensinhaber) definiert, die im Rahmen der Schaffung oder Ausweitung einer Wirtschaftstätigkeit durch die Ermittlung und Nutzung des Potenzials neuer Produkte, Prozesse oder Märkte Werte schöpfen wollen. Politische Konzepte für ein integrationsförderndes Unternehmertum fördern jedoch die selbstständige Erwerbstätigkeit wie auch die Gründung und Führung größerer Unternehmen. Der Grund für die Unterstützung des Einstiegs in die selbstständige Erwerbstätigkeit ist die Förderung der Einbindung in den Arbeitsmarkt und die Erfüllung persönlicher Präferenzen Einzelner statt einer unbedingten Stimulierung des Wirtschaftswachstums. Bei selbstständig Erwerbstätigen handelt es sich nicht notwendigerweise um Unternehmer im Sinne von Unternehmensinhabern, die bei der Ermittlung und Nutzung des Potenzials neuer Produkte, Prozesse oder Märkte unternehmerisch handeln. Weiterhin würden sich viele selbstständig erwerbstätige Menschen nicht als Unternehmer oder Unternehmensinhaber betrachten, weil es sich für sie bei der selbstständigen Erwerbstätigkeit eher um eine Form der Erwerbstätigkeit statt einer Form des Unternehmenseigentums handelt und einige Formen der selbstständigen Erwerbstätigkeit, z. B. die Erwerbstätigkeit im Bauwesen, keine besondere unternehmerische Ausprägung aufweisen. Die Gründe für die Unterstützung dieser Menschen beruhen eher auf einer Sicherung der Einbindung in den Arbeitsmarkt als einer Förderung des Unternehmertums. Auch wenn selbstständig erwerbstätige Personen nicht notwendigerweise unternehmerisch handeln, indem sie neue Produkte, Prozesse und Märkte schaffen, können sie dennoch unternehmerisch tätig sein, insbesondere, wenn sie nicht allein arbeiten, sondern Arbeitnehmer beschäftigen.

Diese Publikation stützt sich auf das EIP und weitere Arbeiten für eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Maßnahmen und politischen Konzepten für bestimmte soziale Zielgruppen, mit einem Schwerpunkt auf benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen als Unternehmer und selbstständig Erwerbstätige.

### Textfeld 1.1. Definition des Unternehmertums von OECD und Eurostat

Von dem im Jahr 2006 von OECD und Eurostat ins Leben gerufenen Programm „Indikatoren zum Unternehmertum“ wurden Definitionen für Unternehmer, Unternehmertum und unternehmerische Tätigkeit zur Unterstützung der Entwicklung zugehöriger Indikatoren erarbeitet. Das Programm berücksichtigt die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Perspektiven der Forscher, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Dabei wird bewusst ein pragmatischer Ansatz gewählt, der auf zwei Grundsätzen beruht: Relevanz und Messbarkeit. Wichtig ist auch, dass in den von der OECD und Eurostat vorgegebenen Begriffsbestimmungen die dynamische Natur der unternehmerischen Tätigkeit betont und das Augenmerk auf das Handeln anstelle von Absichten gelegt wird. Sie werden als Orientierungshilfe für die Erhebung und Analyse der Datensätze vorgeschlagen:

**Unternehmer** sind Personen (Unternehmensinhaber), die im Rahmen der Schaffung oder Ausweitung einer Wirtschaftstätigkeit durch die Ermittlung und Nutzung des Potenzials neuer Produkte, Prozesse oder Märkte Werte schöpfen wollen.

Bei der **unternehmerischen Tätigkeit** handelt es sich um unternehmerisches menschliches Handeln zur Wertschöpfung im Rahmen der Schaffung oder Ausweitung einer Wirtschaftstätigkeit durch die Ermittlung und Nutzung des Potenzials neuer Produkte, Prozesse oder Märkte.

Beim **Unternehmertum** handelt es sich um das mit der unternehmerischen Tätigkeit verbundene Phänomen.

Mit diesen drei Begriffsbestimmungen wird die unternehmerische Tätigkeit von der gewöhnlichen Wirtschaftstätigkeit abgegrenzt. Zusätzlich wird darin: (i) darauf hingewiesen, dass Kapitalgesellschaften und sonstige Unternehmen unternehmerisch geprägt sein können, wenngleich nur die Personen, welche die Kontrolle oder das Eigentum der Organisationen innehaben, als Unternehmer betrachtet werden können, (ii) betont, dass unternehmerisches Handeln sich eher in der Praxis zeigt, als geplant oder beabsichtigt zu werden, (iii) die unternehmerische Tätigkeit nicht mit der Gründung eines bestimmten „Trägers“ gleichgesetzt, unabhängig davon, ob es sich um eine formale Ausprägung, wie beispielsweise als Einheit mit eigener Rechtspersönlichkeit, oder um eine informelle Ausprägung handelt, wenngleich mit ihnen eine Messung zur Abbildung bestimmter Träger als Verkörperung einer unternehmerischen Tätigkeit ermöglicht wird, und (iv) trotz der begrifflichen Bestimmung im Unternehmenskontext die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wertschöpfung mit einbezogen.

Quelle: Ahmad und Seymour (2008).

Mit politischen Konzepten für ein integrationsförderndes Unternehmertum können Anreize für verschiedene von den herkömmlichen Formen abweichende Unternehmensformen sowie für den herkömmlichen alleinigen Geschäftsbetrieb durch einen Einzelunternehmer gesetzt werden (Eurofound, 2011). Unternehmensgründungen können durch Personengesellschaften, Gruppen und Genossenschaften anstelle von Einzelpersonen vorgenommen werden. Das Teilzeitunternehmertum nimmt zu. Dies betrifft oft Personen, die im Rahmen einer Soloselbstständigkeit tätig werden und auf eigene Rechnung arbeiten, um ihre vorhandene abhängige Erwerbstätigkeit oder eine unbezahlte Haushaltstätigkeit oder studentische Tätigkeit zu ergänzen. Während das Teilzeitunternehmertum häufig aus einer Notwendigkeit heraus gewählt wird, kann es ebenso zu einer größeren Integration in den Arbeitsmarkt führen und möglicherweise einen längerfristig angelegten Übergang zu einer in Vollzeit ausgeübten selbstständigen Erwerbstätigkeit unterstützen. Beim parallelen Unternehmertum werden von einem Unternehmer zwei oder mehr Unternehmen gleichzeitig geführt. Zu den Vorteilen gehören die Fähigkeit des Unternehmens zum Angebot komplementärer Waren und Dienstleistungen, zur Schaffung von Synergien zwischen beiden Unternehmungen oder zur Kombination der Unternehmen in verschiedenen Entwicklungsphasen zur Stabilisierung ihres Einkommens. In ähnlicher Weise gründen serielle Unternehmer ein Unternehmen nach dem anderen mit der Absicht, das junge Unternehmen für die Phase des Wachstums an eine andere Person zu

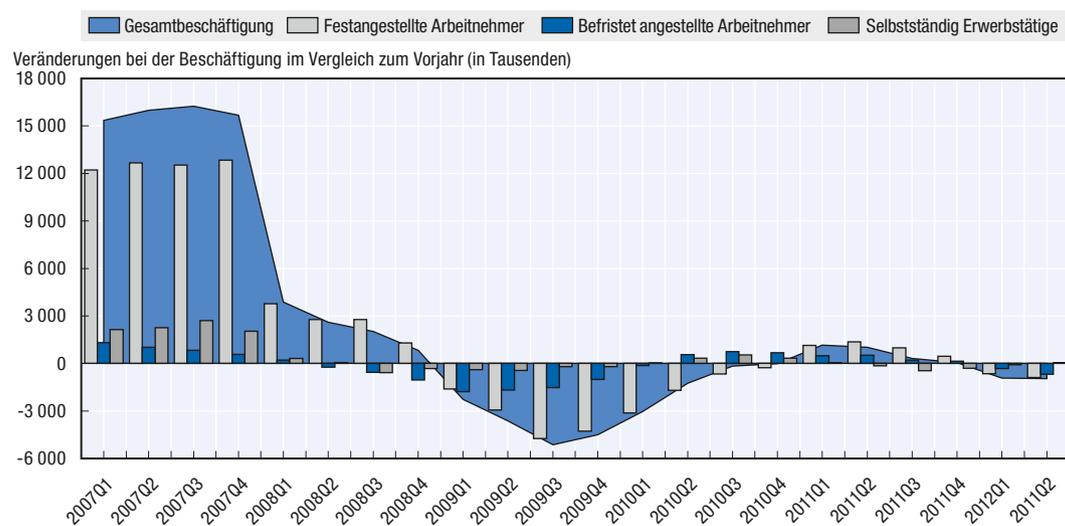
verkaufen, anstatt selbst die Führung des Unternehmens im Verlauf seiner gesamten Lebensdauer zu übernehmen. Zu guter Letzt gehören Unternehmensübertragungen und -nachfolgen zu einer Form des Unternehmertums, die vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung in Europa zunehmend an Bedeutung gewinnt. Sie kann innerhalb von Familien auftreten, wenn das Unternehmen von einer Generation an die nächste weitergegeben wird. Häufig müssen die Nachfolger jedoch außerhalb der Familie gefunden werden, und das Übertragungsgeschäft kann oft den Anlass für Wachstum bieten, da neue Ansätze zum Tragen kommen.

Die Beweggründe für eine Unternehmensgründung unterscheiden sich sicher von Person zu Person. Häufig werden die Motivationen im Rahmen eines Push-Pull-Modells betrachtet, demzufolge Menschen vom Unternehmertum angezogen werden, um die Chance auf mehr Wohlstand zu ergreifen oder mehr Unabhängigkeit zu gewinnen, als ihnen eine abhängige Erwerbstätigkeit bieten kann (d. h. sie werden vom Unternehmertum „angezogen“). Alternativ gehen einige Menschen einer unternehmerischen Tätigkeit zur Einkommenserzielung aus der Notwendigkeit heraus nach, weil es ihnen an Chancen für eine abhängige Erwerbstätigkeit fehlt (d. h. sie werden ins Unternehmertum „hineingeschoben“). Weiterhin werden Sozialunternehmer vom Streben nach einem sozialen Nutzen im Interesse der Öffentlichkeit anstelle eines Gewinns für die Inhaber motiviert (OECD, 1999; Europäische Kommission, 2012a).

## Die Herausforderung im Bereich der Beschäftigung

Die Wirtschaftskrise hat die Europäische Union schwer getroffen, und die Arbeitsmärkte haben sich noch immer nicht erholt. In der Abbildung 1.1 werden die Beschäftigungszuwächse und -verluste für die Europäische Union im Vergleich zum Vorjahr für verschiedene Gruppen von Erwerbstätigen veranschaulicht: festangestellte Arbeitnehmer, befristet angestellte Arbeitnehmer und selbstständig Erwerbstätige. Daraus geht hervor, dass nach einem erheblichen Beschäftigungswachstum nahezu 20 Millionen Arbeitsplätze im Zeitraum vom ersten Quartal des Jahres 2008 bis zum vierten Quartal des Jahres 2010 durch die Wirtschaftskrise vernichtet wurden. Andererseits lässt sich interessanterweise feststellen, dass sich die Beschäftigungsverluste auf die befristet angestellten und festangestellten Arbeitnehmer konzentrierten und dass trotz einiger Zeiträume mit Arbeitsplatzverlusten bei den selbstständig Erwerbstätigen und einigen Rückgängen in bestimmten Ländern in diesem Zeitraum insgesamt eine Schaffung von Arbeitsplätzen bei den selbstständig Erwerbstätigen zu verzeichnen war (Bericht des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums, 2010).

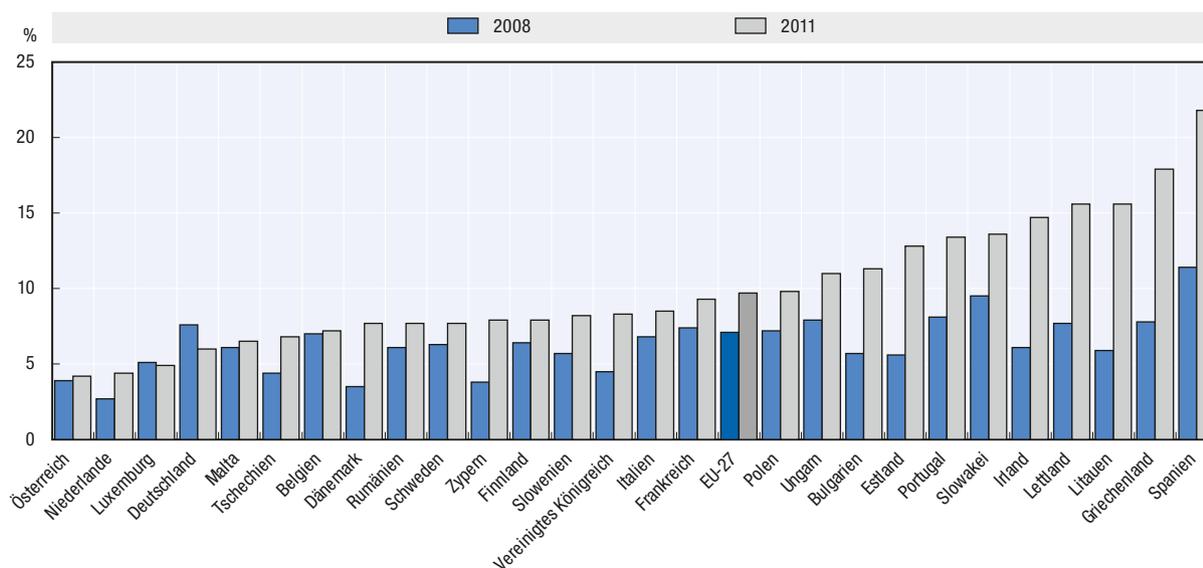
Abbildung 1.1. **Veränderungen bei der Beschäftigung in den Mitgliedstaaten der EU-27 gegenüber dem Vorjahr, 2007-11**



Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2012.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933020521>

Mit Ausnahme von Deutschland und Luxemburg stiegen die Arbeitslosenquoten aufgrund der Krise in allen Mitgliedstaaten der EU an (siehe Abbildung 1.2). Der dramatischste Anstieg vollzog sich in Litauen, wo die Arbeitslosigkeit von 5,9 % im Jahr 2008 auf 15,6 % im Jahr 2011 kletterte – eine Zunahme von mehr als 160 %. Die Abbildung lässt auch große Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten in den EU-Mitgliedstaaten erkennen. Am höchsten war die Arbeitslosenquote in Spanien (21,8 %) im Jahr 2011, mehr als doppelt so hoch als der Anteil in Österreich (4,2 %), wo sich die Arbeitslosenquote auf niedrigstem Stand bewegte. Dieses Gefälle bei den Arbeitslosenquoten in den Mitgliedstaaten nimmt zu. Im Jahr 2008 belief sich der Unterschied zwischen der höchsten Arbeitslosenquote (11,4 % in Spanien) und der geringsten (2,7 % in den Niederlanden) auf 320 % (der niedrigsten Quote). Dieser Abstand ist im Jahr 2011 auf 420 % zwischen Spanien und Österreich angewachsen.

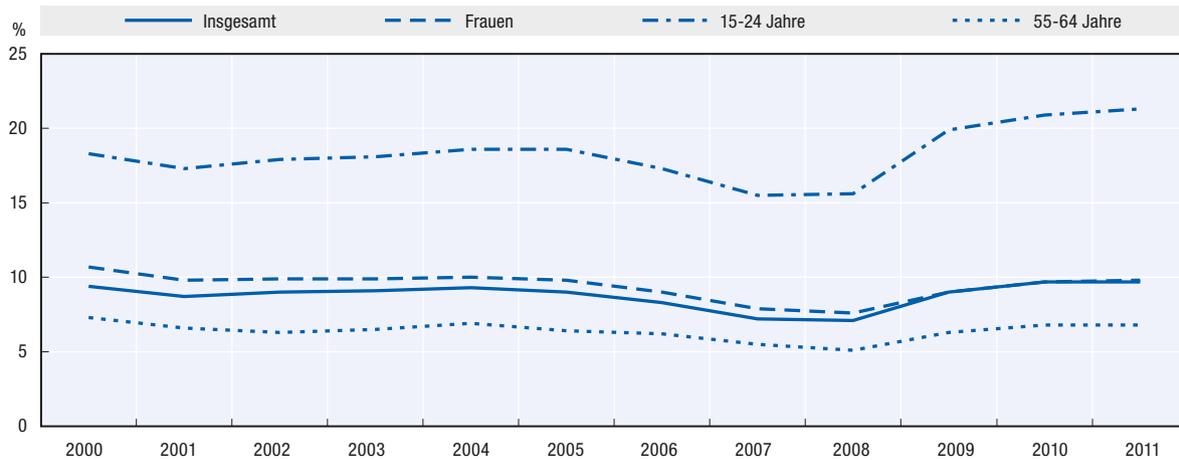
Abbildung 1.2. **Arbeitslosenquoten, 2008 und 2011**

Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2012.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933020540>

Während diese Daten ein bedeutsames Gefälle zwischen den EU-Mitgliedstaaten aufzeigen, muss gleichwohl eingeräumt werden, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb der Länder nicht gleichmäßig verteilt spürbar wird und dass es große regionale Schwankungen geben kann, bei denen sich die Arbeitslosigkeit in bestimmten Gebieten verdichtet. In Spanien reichte die Arbeitslosenquote beispielsweise im Jahr 2009 von 9,0 % in Guipúzcoa bis zu 29,2 % auf Fuerteventura (OECD, 2011). Weiterhin waren verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße von der Krise betroffen. In der Abbildung 1.3 wird die Gesamtarbeitslosenquote zwischen den Jahren 2000 und 2011 sowie die Quote bei den Frauen, jungen Menschen (im Alter von 15 bis 24 Jahren) und Älteren (im Alter von 55 bis 64 Jahren) gezeigt. Die Jugendarbeitslosenquote ist erstmals doppelt so hoch wie bei den Erwachsenen, und diese Situation blieb im Verlauf der Wirtschaftskrise unverändert bestehen. Darüber hinaus ist die Jugendarbeitslosenquote stärker als die Gesamtquote gestiegen, so dass sich die Probleme für die jungen Menschen verschlimmert haben. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen in der EU lag zwischen den Jahren 2000 und 2008 etwas über der bei den Männern, näherte sich allerdings während der Wirtschaftskrise an die Arbeitslosenquote der Männer an. Die Arbeitslosenquote bei den Älteren fiel etwa 25 % geringer als die allgemeine Arbeitslosenquote aus und blieb im Verlauf der Krise relativ konstant.

Abbildung 1.3. **Arbeitslosenquote für ausgewählte Gruppen in den Mitgliedstaaten der EU-27, 2000-11**

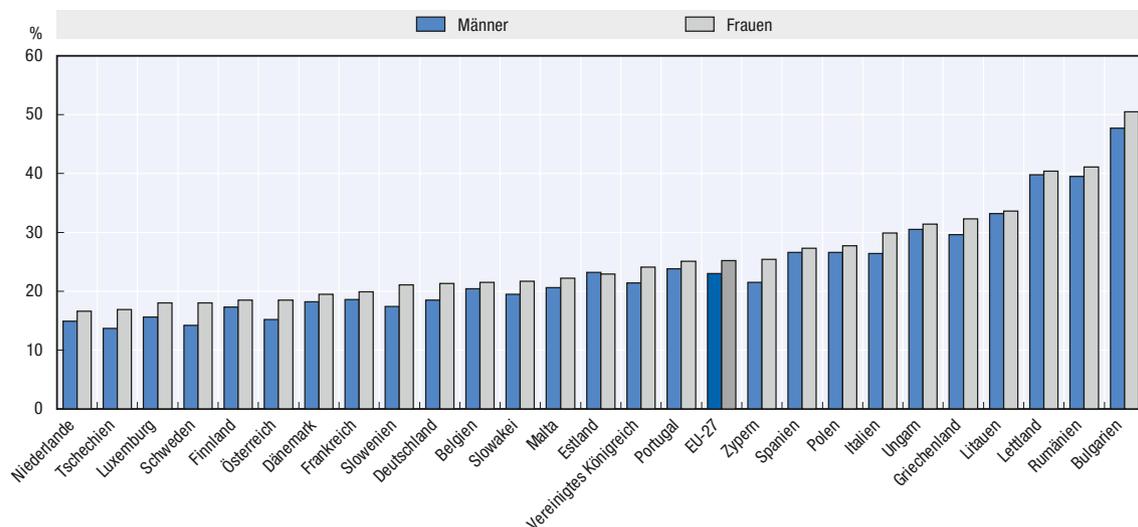


Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2012.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933020559>

Längere Zeiten der Arbeitslosigkeit können zu einer Entmutigung und schließlich zu einem Rückzug aus dem Arbeitsmarkt führen, wobei eine Inaktivität am Arbeitsmarkt für Einzelpersonen die Wahrscheinlichkeit erhöht, in die Armut abzugleiten, und deren Fähigkeit zur vollständigen Teilhabe an sozialen Aktivitäten beeinträchtigt. Im Jahr 2011 waren 24 % der EU-Bevölkerung durch Armut und soziale Ausgrenzung gefährdet. Aus der Abbildung 1.4 geht die große Bandbreite beim Anteil der gefährdeten Bevölkerung nach Geschlecht hervor. Während in einer Mehrheit der Mitgliedstaaten weniger als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung gefährdet war, gab es zwischen den Staaten erhebliche Unterschiede. In mehreren Staaten war ein geringer Anteil der gefährdeten Bevölkerung zu verzeichnen, beispielsweise in den Niederlanden (15,7 %), in Tschechien (15,35 %) und in Luxemburg (16,8 %). In anderen Staaten wiederum, wie beispielsweise in Lettland (40,1 %), Rumänien (40,3 %) und Bulgarien (49,1 %), waren mehr als 40 % der Bevölkerung gefährdet. Frauen sind mit einer etwas größeren Wahrscheinlichkeit als Männer gefährdet, aber in den meisten Mitgliedstaaten lag dieser Unterschied bei weniger als zwei Prozentpunkten.

Abbildung 1.4. **Durch Armut und soziale Ausgrenzung gefährdete Bevölkerung, 2011**  
Anteil der 15- bis 64-Jährigen



Hinweis: 1. Für Irland sind keine Daten vorhanden.

Quelle: Eurostat, Statistik über Einkommen, soziale Eingliederung und Lebensbedingungen, 2012.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933020578>

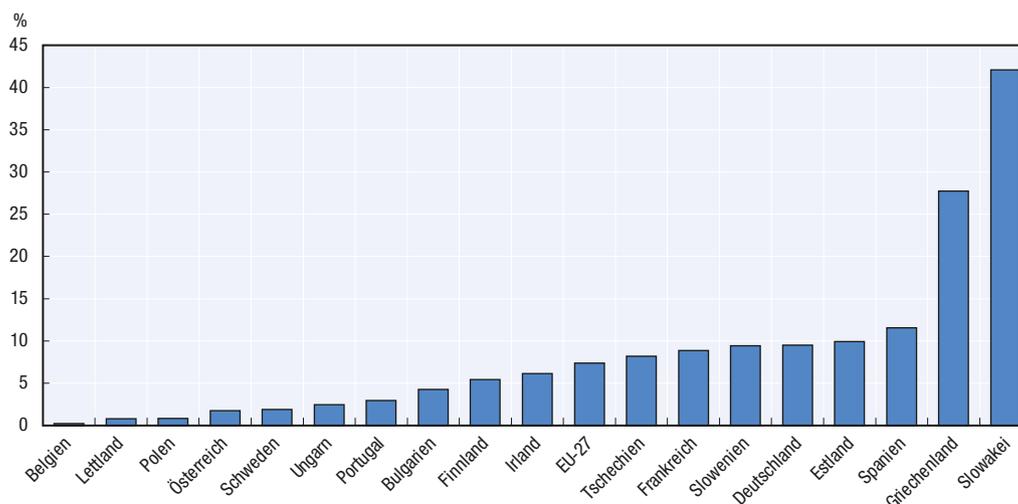
## Die Rolle eines integrationsfördernden Unternehmertums

Die soziale Eingliederung ist ein seit langem angestrebtes Ziel in der Europäischen Union, und die Krise hat dieses Thema stärker ins Bewusstsein gerückt (Europäische Kommission, 2011; Europäische Kommission, 2012b). Im Ergebnis verpflichteten sich die EU-Mitgliedstaaten dazu, das Problem im Verlauf des nächsten Jahrzehnts im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ anzugehen, welche darauf abzielt, die Zahl der von Armut bedrohten Menschen bis zum Jahr 2020 um 20 Millionen zu senken (siehe [http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm)).

Bei einem der effektivsten Wege zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung handelt es sich um eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die auf eine Eingliederung oder Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt abzielen. Zu diesen Maßnahmen gehören die Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatzteilung, Beschäftigungsanreize, direkte Anreize zur Arbeitsplatzschaffung und Anreize für Unternehmensgründungen. Auf die aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die sich direkt an benachteiligte und arbeitslose Menschen richteten, entfielen im Jahr 2008 in der EU 28 % der Gesamtausgaben für die Arbeitsmarktpolitik (Eurostat, 2012).

Jedoch wurde bislang nur ein kleiner Anteil dieser Ausgaben für die Förderung und Unterstützung von Unternehmensgründungen eingesetzt. In der Abbildung 1.5 wird der Anteil der Ausgaben für Gründungsanreize im Verhältnis zu den Gesamtausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verdeutlicht. Fast alle Mitgliedstaaten verwendeten weniger als 10 % ihrer Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Gründungsanreize, wobei aber in Griechenland und in der Slowakei ein Anteil von 28 % bzw. 42 % dieser Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Gründungsanreize investiert wurde.

Abbildung 1.5. **Ausgaben für Gründungsförderung, 2009**  
Anteil der gesamten Arbeitsmarktausgaben



Hinweis: 1. Für Zypern, Dänemark, Italien, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Rumänien und das Vereinigte Königreich werden keine Daten vorgestellt, da einige der in den Berechnungen verwendeten Daten unvollständig sind.  
Quelle: Eurostat, Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik, 2012.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933020597>

Die Auswirkungen dieser Gründungsförderung auf die Einbindung in den Arbeitsmarkt sind nicht ausreichend bekannt, da sie häufig nicht gut dokumentiert ist. Es gibt jedoch einige Nachweise von spezifischen Programmen, die belegen, dass diese Ausgaben einige wichtige Vorteile schaffen. So ergeben beispielsweise Evaluierungen des Gründungszuschusses in Deutschland, dass dieses groß angelegte Programm für die Unterstützung von Unternehmensgründungen

durch Arbeitslose effektiv und kosteneffizient arbeitet. Etwa 70 % der Teilnehmer gründeten ein Unternehmen, 20 % begaben sich schließlich in eine abhängige Erwerbstätigkeit und weniger als 10 % kehrten in die Arbeitslosigkeit zurück, während fast 70 % der neu gegründeten Unternehmen für mindestens fünf Jahre fortbestanden (Caliendo und Kritikós, 2010). Mehr als 100 000 Menschen nehmen diese Beihilfe jährlich in Anspruch, und die Durchschnittskosten je Teilnehmer betragen 18 000 EUR. Weitere Informationen zu diesem Programm sind im Teil III enthalten.

Erfahrungen mit dem Unternehmertum können sich auch für jene als nutzbringend erweisen, bei denen es nicht zu einer Unternehmensgründung kommt oder der unternehmerische Erfolg ausbleibt. Die Entwicklung einer unternehmerischen Denkweise oder der Erwerb unternehmerischer Fähigkeiten kann für eine abhängige Erwerbstätigkeit von Nutzen sein, da Arbeitgeber Arbeitnehmer mit Eigeninitiative und der Fähigkeit zur Anpassung an Herausforderungen und ein sich wandelndes Umfeld zu schätzen wissen.

Im Rahmen der Strukturfonds bietet die Europäische Kommission verschiedene Formen der Gründungsförderung. Eine der zentralen Finanzierungsquellen, die im Hinblick auf die Nutzung des Unternehmertums als Mittel zur Förderung der sozialen Eingliederung verfügbar ist, ist der Europäische Sozialfonds. Bislang wurden dessen Möglichkeiten zur Förderung des Unternehmertums von den Mitgliedstaaten noch nicht in vollem Umfang ausgeschöpft. Für den nächsten Programmzeitraum 2014-2020 wird jedoch eine größere Schwerpunktsetzung gefordert.

### **Kurzer Fahrplan zur Lektüre dieser Publikation**

In diesem Buch wird untersucht, wie ein integrationsförderndes Unternehmertum von der Politik unterstützt werden kann. **Im Teil 1 werden Daten zum Umfang und zur Qualität des Unternehmertums in der EU nach Gruppen vorgestellt, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind – Frauen, junge Menschen, Ältere, Minderheiten usw.** Das erste Kapitel dieses Teils, **Kapitel 2, enthält eine Vorstellung der Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit nach Zielgruppe**, einschließlich der Quoten und Anzahl der selbstständig erwerbstätigen Personen und der Sektoren, in denen sie tätig sind. Es wurde festgestellt, dass nicht alle selbstständig erwerbstätigen Personen als Unternehmer betrachtet werden können, da sie nicht unbedingt Chancen aufgreifen, um im Rahmen neuer Produkte, Prozesse oder Märkte wertschöpfend tätig zu sein. Die selbstständige Erwerbstätigkeit ist jedoch wichtig für die Einbindung in den Arbeitsmarkt, und von einer bedeutsamen Anzahl der selbstständig Erwerbstätigen kann ein unternehmerisches Handeln erwartet werden. **Im Kapitel 3 werden die Daten der Haushaltserhebung der Global Entrepreneurship Research Association zu unternehmerischen Tätigkeiten in den verschiedenen Lebenszyklusphasen vorgestellt.** Die Daten vermitteln einen Überblick über das Ausmaß der Gründungsabsichten, Gründungsaktivitäten und Aktivitäten nach der Gründung für jene, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind. Weitere Umfragedaten werden ebenso verwendet, um einen Einblick in die Aktivitäten von Unternehmern vor der Gründung eines Unternehmens zu gewähren. **In Kapitel 4 werden dann die Daten zu den Auswirkungen der selbstständigen Erwerbstätigkeit und unternehmerischen Tätigkeiten vorgestellt.** Diese Daten geben einen Überblick über die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Tätigkeiten im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und den individuellen Nutzen, der hierdurch vom Unternehmer selbst geschaffen wird. **Das letzte Kapitel des Teils bietet einen kurzen Überblick über die im Teil 1 verwendeten Daten und gibt Hinweise zu weiteren Informationsquellen.**

Nach der Vorstellung der Anteile der Hauptzielgruppen an der unternehmerischen Tätigkeit schließt sich Teil II mit einer Untersuchung der Frage an, **welchen Einfluss die Politik auf diese Anteile ausüben kann.** Wie aus der Abbildung 1.6 hervorgeht, gibt es drei wichtige Determinanten eines integrationsfördernden Unternehmertums, bei denen die Politik ansetzen kann, und zwar institutionelle Faktoren, unternehmerische Fähigkeiten und Kompetenzen sowie Zugang zu Finanzierungsmitteln. Diese Determinanten wiederum können Unternehmer und potenzielle Unternehmer vor eine Reihe von Herausforderungen stellen. Die Herausforderungen,

denen sich jene ausgesetzt sehen, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind, unterscheiden sich häufig von den Herausforderungen und/oder sind größer als die Herausforderungen, vor denen gewöhnliche Unternehmer stehen, und der Politik kommt die Rolle zu, diese Hindernisse anzugehen und die Menschen bei deren Bewältigung zu unterstützen, damit Unternehmen gegründet werden. Diese Themen werden in den Kapiteln 6 bis 8 dieses Buches untersucht. Jedes Kapitel beschäftigt sich mit Gruppen, die innerhalb des Unternehmertums benachteiligt oder unterrepräsentiert sind. Es werden die Hindernisse behandelt, vor die sie gestellt sind, und Beispiele für bewährte politische Maßnahmen sowie Empfehlungen für politische Verbesserungen gegeben.

Weiterhin kann sich die Politik nicht mit einer Auseinandersetzung mit den Faktoren zufrieden geben, die einen Einfluss auf das Unternehmertum haben. Die Methoden der politischen Gestaltung und Umsetzung sind beinahe genauso wichtig wie die politischen Maßnahmen selbst. Um effektiv zu sein, muss die Politik ihre Zielgruppen erreichen, wobei sich einzelne politische Maßnahmen als weniger effektiv als jene erweisen, die im Rahmen einer integrierten Strategie umgesetzt werden. Das Kapitel 9 setzt sich mit der Reichweite und den Mechanismen für die Umsetzung der Politik auseinander.

Schließlich wird im Teil III ein tiefgreifender Einblick in jeden Mitgliedstaat gewährt. Im Kapitel 10 werden inspirierende politische Vorgehensweisen vorgestellt, mit denen ein integrationsförderndes Unternehmertum unterstützt wird, sowie Daten zur selbstständigen Erwerbstätigkeit und zum Unternehmertum, um weitere Erkenntnisse über die unternehmerischen Tätigkeiten im betreffenden Land zu liefern.

## Literatur

- Ahmad, A. und Seymour, R. (2008), „Defining Entrepreneurial Activity: Definitions Supporting Frameworks for Data Collection“, OECD Statistics Working Papers 2008/1, OECD Publishing.
- Caliendo, M. und Kritikos, A. (2010), „Start-ups by the Unemployed: Characteristics, Survival and Direct Employment Effects“, Small Business Economics, Bd. 35, S. 71-92.
- Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (2011), „Emerging forms of entrepreneurship“, <http://www.eurofound.europa.eu/emcc/erm/studies/tn1009034s/tn1009034s.htm>
- Europäische Kommission (2011), „Employment and Social Developments in Europe 2011“ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=6176>
- Europäische Kommission (2012a), „Soziales Unternehmertum“, [http://ec.europa.eu/internal\\_market/social\\_business/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/social_business/index_de.htm)
- Europäische Kommission (2012b), „Quartalsbericht über soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU“, <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=113&langId=de>
- Bericht des Europäischen Beschäftigungsobservatoriums (2010), Self-employment in Europe 2010, <http://www.eu-employment-observatory.net/resources/reviews/EEORReview-Self-Employment2010.pdf>
- Eurostat (2012), Statistiken zur Arbeitslosigkeit und zur Erwerbsbeteiligungsquote [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Unemployment\\_trends](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Unemployment_trends) und [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Labour\\_market\\_participation\\_by\\_sex\\_and\\_age](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Labour_market_participation_by_sex_and_age)
- OECD (1999), Social Enterprises, OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264182332-en>
- OECD (2011), OECD Regions at a Glance 2011, OECD Publishing, [http://dx.doi.org/10.1787/reg\\_glance-2011-en](http://dx.doi.org/10.1787/reg_glance-2011-en)



**From:**  
**The Missing Entrepreneurs**  
Policies for Inclusive Entrepreneurship in Europe

**Access the complete publication at:**  
<https://doi.org/10.1787/9789264188167-en>

**Please cite this chapter as:**

OECD/The European Commission (2014), "Zweck und Bedeutung von Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum", in *The Missing Entrepreneurs: Policies for Inclusive Entrepreneurship in Europe*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264188419-3-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to [rights@oecd.org](mailto:rights@oecd.org). Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at [info@copyright.com](mailto:info@copyright.com) or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at [contact@cfcopies.com](mailto:contact@cfcopies.com).